Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 5 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5.50 Mk., auf dem Lande 5.65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 17.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis 1.50 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile 3.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 4.50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 269 — **Freitag den 18. November 1921.** — **80. Jahrgang.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Kohlensteuer soll wesentlich erhöht werden. Der neue Steuersatz soll 30 oder 40 Prozent betragen.

* Vor dem Schluß des Demokratischen Parteitages wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Privatisierung der Eisenbahnen wendet.

* Englische Finanzhäuser haben erklärt, Deutschland ohne Sicherung der Wiederherstellungsverpflichtungen keine Kredite zu gewähren.

* Der ungarische Ministerpräsident Bethlen gab dem Reichsverweser den Rücktritt der Regierung bekannt. Der Reichsverweser behielt sich die Entscheidung vor und ersuchte die Regierung, die Geschäfte weiterzuführen.

* Präsident Harding hat in Washington die Proklamation unterzeichnet, in der der Friede zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

Gemeinsam arbeiten!

Zu den augenblicklich scharf zugespitzten innerpolitischen Auseinandersetzungen über die richtige Art, wie die Kreditlage des Reiches aufzubessern ist, wird uns geschrieben:

Wie die Gewerkschaften und anderen großen und kleinen Vereinigungen, so hat nun der deutsche Beamtenbund gleichfalls einen Beschluß gegen das Kreditangebot der deutschen Industrie gefaßt und veröffentlicht. Er wahrt sich danach „mit aller Entschiedenheit" gegen den Versuch, die Not des Reiches auszunutzen, um die Reichseisenbahnen und die übrigen Reichsbetriebe, den wertvollsten Besitz des deutschen Volkes, in die Privathand zu bringen. Man wolle die Kreditaktion, die ursprünglich als eine patriotische Großtat ausgegeben wurde, nunmehr zur Stärkung einseitiger politischer Macht benutzen. Die Sanierung der Eisenbahnen, die nötig sei, könne ohne Auslieferung der Reichseisenbahnen in die Hand des privaten Großkapitals bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher Grundsätze erreicht werden. Die Beamten insgesamt seien sich darüber einig, daß dieser mit dem Allgemeinwohl unvereinbare Versuch der Industrie mit allen Mitteln abgewehrt werden müsse.

Solche Einsprüche ertönen von verschiedenen Seiten, und der Regierung wird dringend nahegelegt, jede weitere Verhandlung über die Vorschläge kurzerhand abzubrechen. Wenn nicht anders, solle sie es auf die Auflösung des Reichstages ankommen lassen, falls dieser für die Erfassung der Goldwerte nicht ohne viel Besinnen zu haben sei. Eine bessere Kampfparole könne der Kanzler sich gar nicht wünschen. Übersehen wir dabei, daß Auflösung und Wahlkampf wohl die innere Lage des Reiches noch über den jetzigen Notstand hinaus auf das äußerste erschweren, keinesfalls aber bis zum 15. Januar, dem Verfallstage unserer nächsten Reparationsschuld, die erforderlichen Mittel für die dann zu leistende Zahlung herbeischaffen könnte. Ist es doch immerhin fraglich, ob die „Erfassung der Goldwerte", wenn sie selbst ohne Auflösung und Neuwahl von dem gegenwärtigen Reichstage beschlossen würde, noch bis zum nächsten Fälligkeitstage den Erfolg haben würde, auf den allein es unter den gegebenen Verhältnissen ankommen kann; denjenigen wenigstens ankommen kann, die nicht auf weitere Zuspitzung des politischen Kampfes um jeden Preis, sondern darauf bedacht sind, daß wir möglichst ohne wirtschaftliche und politische Katastrophe den bevorstehenden Jahreswechsel überstehen. Jedenfalls sollte die Erhitzung der Parteileidenschaften vermieden werden, ganz gleich, ob man das Kreditangebot der Industrie für unmöglich hält und entgegengesetzt denkt. Sowohl bei der Gegnerschaft des Planes wie bei der Industrieführung wirken Männer zusammen, die den verschiedensten Parteilagern angehören. An der Spitze der Industrie stehen z. B. Herr v. Siemens, einer der leitenden Köpfe der Demokratie, neben Herrn Hugenberg, einem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Kloeckner vom Zentrum neben Herrn Stinnes von der Deutschen Volkspartei. Ebenso finden sich auf der anderen Seite bedeutende Leute verschiedener politischer Richtung. Man sollte gegenseitig keine unbilligen Vorwürfe an die Stelle sachlicher Erwägung setzen. Zum mindesten wird dadurch die Möglichkeit einer Verständigung über die Hilfe, die dem Reiche gebracht werden muß, unnötig erschwert, während doch alles einzig und allein darauf ankommen sollte, zunächst einmal in leidenschaftsloser Prüfung festzustellen, ob der Vorschlag der Industrie oder ein anderer Plan nicht wenigstens einen Weg erkennen läßt, auf dem man unter Zusammenfassung aller arbeitenden Teile des Volkes zu einem praktischen Ergebnis gelangen kann. Gewiß würde es vorzuziehen sein, wenn man die Reichseisenbahnen von Staats wegen gesunden lassen könnte, ohne sie der Privatindustrie ausliefern zu müssen. Bis jetzt ist man mit Bemühungen dieser Art leider nicht nur nicht zum Ziele gelangt, sondern von diesem immer weiter ferngerückt. Das furchtbare Defizit der Eisenbahnverwaltung hat sich von Monat zu Monat erhöht, trotzdem eine Tariferhöhung, kaum daß sie in Kraft getreten ist, immer wieder von einer neuen abgelöst wird.

Tatsächlich ist keine Zeit mehr, zu verlangen, um einen Weg zu finden, wie uns zu helfen ist, wie bis zum 15. Januar 1922 vor allen Dingen die Ansprüche der Alliierten zu erfüllen sind.

Hinter verschlossenen Türen.

Geheimverhandlungen in Washington.

Trotz genauer Bestimmungen darüber, daß die Diskussionen in Washington grundsätzlich öffentlich sein sollen, sind doch eine Anzahl der wichtigsten Fragen einer besonderen Kommission überwiesen worden, die natürlich hinter geschlossenen Türen tagt. Dem liegt die Absicht zugrunde, daß Frankreich und Italien bei Fragen, die sich auf der Konferenz ergeben, gemeinsam handeln würden, und zwar nicht nur in der Abrüstungsfrage, sondern auch bei den Fragen, die im Zusammenhang mit den Erörterungen über den Stillen Ozean und den Fernen Osten entstehen könnten. Staatssekretär Hughes, der eine lange Konferenz mit Briand und Jusserand über die

Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland,

über die französischen und militärischen Einrichtungen und die Reparationen hatte, beriet lange mit den italienischen Bevollmächtigten Schanzer und Albertini und bat sie, sowohl an der Erörterung der Abrüstungsfrage als auch an der Frage des Fernen Ostens einen tätigen Anteil zu nehmen. Einer Mitteilung Wellington Koos zufolge wird die chinesische Delegation der Washingtoner Konferenz Vorschläge für eine Regelung der Probleme des Ostens unterbreiten, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen fußen: Von der

Rehabilitierung Chinas

hängt der Friede des Fernen Ostens ab. China muß in die Lage gesetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu vollbringen. Auch die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden und weitere Eingriffe durch ausländische Konzessionen müssen aufhören. China muß absolute politische Unabhängigkeit haben und muß von jeder Einwirkung von außen verschont bleiben.

*

Eine schwierige Bedingung.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post" meldet, die Japaner befürchteten, daß die Vereinigten Staaten an Großbritannien und Japan die Aufforderung richten würden, ihren Bündnisvertrag aufzugeben.

Die vorsichtigen Japaner.

Stellungnahme zu den Abrüstungsvorschlägen.

Wenn man berücksichtigt, daß der aktuelle Kernpunkt des weitgespannten Abrüstungsproblems, über welches man augenblicklich in Washington verhandelt, in der Beseitigung der amerikanisch-japanischen Konfliktsmöglichkeiten besteht, so wendet sich naturgemäß das Hauptinteresse der Haltung der Japaner zu, die diese zu den amerikanischen Vorschlägen und zu der ganzen Beratung überhaupt an den Tag legen. Der japanische Admiral Kato gab hierzu wichtige Erklärungen ab, wobei er betonte, Japan mache der Konferenz nur freundschaftliche Anerbietungen und erwarte von ihr nur Freundschaft. Japan freue sich wie andere Länder auch über die Aussichten auf Erleichterung, welche sich gegenwärtig bieten. Die Zivilisation müsse den übertriebenen Rüstungen ein Ende machen, oder die Rüstungen würden

der Zivilisation ein Ende machen.

Die Befürchtungen, die man seinerzeit hegte, seien jetzt durch den freien und offenen Meinungsaustausch der Konferenz zerstreut worden. Ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan werde sicher geschlossen werden. Gleichzeitig betonte Kato aber, daß besondere Verpflichtungen, die Japan eingehen sollte, durch die ohnedies bestehende Überlegenheit der Amerikaner überflüssig gemacht würden.

Die Praxis.

Trotz dieser gegenseitigen Zusicherung der Friedfertigkeit sieht doch auch heute noch die Praxis der Rüstungspolitik zum Teil wesentlich anders aus. So nimmt die Durchführung des amerikanischen Flottenprogramms vorläufig ihren Fortgang, und der Überdreadnought „Westvirginia" wird, wie bereits vorgesehen, am Sonnabend in Newport News vom Stapel gelassen. Japan aber schlug vor, das zwischen der japanischen und englischen Flotte vorgeschlagene Stärkeverhältnis von 60 : 100 auf 70 : 100 zu erhöhen. Die japanische Delegation würde sich daher mit der Einschränkung der japanischen Flotte auf zehn Großschiffe einverstanden erklären, jedoch eine entsprechende Herabsetzung der englischen und der amerikanischen Flottenstärke verlangen.

Bedingte Zustimmung Englands.

Balfour wird die Erklärungen Hughes' im Namen Englands im allgemeinen zustimmend beantworten, dagegen einige Vorbehalte machen. Diese beziehen sich auf folgende zwei Punkte: 1. die Tonnage der Unterseeboote, und 2. die Erneuerung der verschiedenen Einheiten. Über die Tonnage der Unterseeboote sind die englischen Sachverständigen der Ansicht, daß die Grenze niedriger als 90 000 Tonnen sein soll. Sie machten weiter geltend, daß, wenn man den Bau von Panzerschiffen für die Dauer von zehn Jahren einstellt, die Schiffswerften genötigt wären, zu schließen. Balfour wird daher einen jährlichen Schiffsersatz in kleinerem Umfange vorschlagen. Weiter wird Balfour wahrscheinlich auf der Notwendigkeit bestehen, daß Großbritannien eine genügende Anzahl von kleinen Kreuzern zum Zwecke der Seepolizei halten muß.

Die Bedrohung der „Deutschen Werke".

Die Note an die Entente.

Die deutsche Regierung hat der Interalliierten Kontrollkommission eine Note überreicht, in der sie gegen die geplante Zerstörung der „Deutschen Werke" Stellung nimmt. Sie weist darauf hin, daß die Botschafterkonferenz sich seinerzeit mit dem Weiterbestehen der Werke nach deren völligen Umstellung auf Friedensfabrikation einverstanden erklärt hat. Das neue Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorenthalten worden. Die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen, genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie haben dementsprechend auch bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben.

Die Regierung erklärt weiter, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswechsel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Geräten, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für allemal den Charakter von „Heeresgutfabriken" zu nehmen.

Aus diesen Gründen bittet die deutsche Regierung die Kommission, sich in Abänderung der erhobenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, daß 1. in Erfurt und Spandau-Haselhorst die Fabrikation von Schußwaffen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und im bisherigen Umfange weiterhin gestattet wird. 2. im Werke Wolfgang die Fertigung von Collodium und Nitrozellulose zur Herstellung von Filmwolle und Kunstleder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation in diesen und den Werken von Spandau weiterhin genehmigt wird, sowie eine Reihe weiterer schwerer Behinderungen der Betriebe aufgehoben werden.

*

Die Arbeiter bei Nollet.

Beim Empfang des Betriebsrats der Deutschen Werke durch General Nollet nahm dieser die gegen die Ententemaßnahmen vorgebrachten Gründe der Arbeiterschaft entgegen und versprach, sie der Botschafterkonferenz zu übermitteln, da er sie durchaus würdige. Die Arbeitnehmer haben ihre weitere Haltung davon abhängig gemacht, ob die Rücknahme der Noten durch die Botschafterkonferenz erfolgen wird.

Erhöhung der Kohlensteuer.

Geplanter neuer Steuersatz von 30 oder 40 Prozent

Dem Ausschuß des Reichswirtschaftsrates lag ein Regierungsentwurf über Änderung des Kohlensteuergesetzes vor. Die Steuer soll nach der Regierungsvorlage auf 40 Prozent des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen usw. Kohlen erhöht werden. Die Regierungsvertreter erklärten, die erhöhte Kohlensteuer solle die Ausfuhrabgabe ergänzen, der Inlandkohlenpreis solle auf Selbstkostenpreis gehalten und die durch den jetzigen niedrigen (!) Kohlenpreis gefährdete Sparsamkeit gefördert werden. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt, daß allenfalls ein Steuersatz von 30 Prozent als tragbar zu betrachten sei. Die Erhöhung der Kohlenpreise würde das Niveau der Lebenshaltung der breiten Masse noch mehr herabdrücken, Preissteigerungen auf anderen Gebieten im Gefolge haben, außerdem dem Reiche nur eine vorübergehende finanzielle Erleichterung verschaffen. Auf jeden Fall würde der mögliche Vorteil der Erhöhung die Nachteile nicht aufwiegen. Von Verbraucherseite wurde erneut eine besondere Berücksichtigung des Hausbrandes empfohlen. Der Ausschuß nahm den Entwurf mit der Maßgabe, daß die Erhöhung nur 30 Prozent betragen soll, an.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Teuerungszuschüsse für die Kriegsopfer.

Wie von parlamentarischer Seite verlautet, steht eine Aufbesserung der Teuerungszuschüsse für die Opfer des Krieges in sicherer Aussicht. Der 19. Ausschuß des Reichstages wird sich in der nächsten Zeit mit der Frage der Aufbesserung der Bezüge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen beschäftigen.

Die deutsche Reparationsschuld.

Das amerikanische Handelsdepartement hat eine Übersicht über die Gesamtheit der deutschen Reparationsschuld

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF